

**D-Berlin: Briefmarken**

**2009/S 192-276214**

**BEKANNTMACHUNG**

**Dienstleistungsauftrag**

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

**I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N):**

Bundesrepublik Deutschland (Bundesfinanzverwaltung), vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, D-10117 Berlin.

**Weitere Auskünfte erteilen:** Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Ostendstraße 100, z. Hd. von Rechtsanwalt Reinhold Lachmann, D-90482 Nürnberg. E-Mail: [Reinhold.Lachmann@bblaw.com](mailto:Reinhold.Lachmann@bblaw.com).

**Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:** Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Ostendstraße 100, z. Hd. von Rechtsanwalt Reinhold Lachmann, D-90482 Nürnberg. E-Mail: [Reinhold.Lachmann@bblaw.com](mailto:Reinhold.Lachmann@bblaw.com).

**Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:** Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Ostendstraße 100, z. Hd. von Rechtsanwalt Reinhold Lachmann, D-90482 Nürnberg. E-Mail: [Reinhold.Lachmann@bblaw.com](mailto:Reinhold.Lachmann@bblaw.com).

**I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN):**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

**II.1) BESCHREIBUNG**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Herstellung, Verwendung und Vermarktung von Postwertzeichen mit dem Aufdruck "Deutschland".

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Dienstleistung.

Dienstleistungskategorie: Nr. 27.

Hauptort der Dienstleistung: Berlin.

NUTS-Code: DE300.

**II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:**

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:**

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, die nachfolgend unter 2. beschriebenen Rechte im Rahmen eines Lizenzvertrags einzuräumen und den erfolgreichen Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft zur Ausübung dieser Rechte zu verpflichten.

1. Definitionen:

a) "Postwertzeichen"

Für Zwecke dieses Verfahrens sind "Postwertzeichen" Marken (auch Automatenmarken) mit dem Schriftzug "Deutschland", die vom Bundesministerium der Finanzen nach § 43 Abs. 1 Postgesetz (PostG) ausgegeben werden und der Freimachung von Postsendungen dienen. Als Postwertzeichen im Sinne dieses Verfahrens gelten darüber hinaus Aufdrucke (insbesondere auf Postkarten und Briefen) sowie andere Marken und Aufdrucke unabhängig von ihrer Herstellungs- und Vertriebsart, soweit diese ein Postwertzeichen nach Satz 1 wiedergeben.

b) "Kulturgut Briefmarke"

Briefmarken dienen nicht nur dem Freimachen von Postsendungen, sondern sind zugleich auch ein Mittel staatlicher Repräsentation: Sie spiegeln sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit als jährliches Markenprogramm die kulturelle Vielfalt Deutschlands und den Zeitgeist wider und weisen auf herausragende Ereignisse und Persönlichkeiten sowie auf allgemein Wissenswertes hin. Die Briefmarke ist insoweit ein Botschafter der Bundesrepublik Deutschland. Daneben ist sie bereits als Trägermedium für sich betrachtet ein Kulturgut mit langer Tradition. Die Briefmarke ist daher gleichermaßen Postwertzeichen und Kunstwerk. Aufgrund ihrer Historie stellt sie nicht zuletzt auch ein beliebtes Sammlerobjekt dar.

2. Gegenstand des Verfahrens

a) Einräumung von Rechten

Gegenstand des Verfahrens ist die Einräumung der nachfolgend aufgeführten Rechte an den erfolgreichen Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft:

- Einräumung des Rechts zur Herstellung der vom Auftraggeber herausgegebenen Postwertzeichen,
- Einräumung des Rechts zur bundesweiten flächendeckenden Verwendung dieser Postwertzeichen zur Abgeltung von Postdienstleistungen,
- Einräumung des Rechts zur verbraucherfreundlichen, regelmäßigen und rechtzeitigen, bundesweiten und flächendeckenden Vermarktung der vom Auftraggeber herausgegebenen Postwertzeichen.

b) Verpflichtung zur Ausübung der eingeräumten Rechte

Der erfolgreiche Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft wird verpflichtet werden, die nach vorstehenden lit. a eingeräumten Rechte auszuüben. Insbesondere wird von dem erfolgreichen Bieter/der erfolgreichen Bietergemeinschaft erwartet, dass er/sie an der Bewahrung der Postwertzeichen als Kulturgut und Entgeltnachweis mitwirkt, ihre Verwendung als Entgeltnachweis aktiv fördert sowie den Philatelie- und Sammlermarkt pflegt. Daneben wird der erfolgreiche Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft verpflichtet, die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften des Weltpostvertrages, zu beachten.

c) Vertragliche Aspekte

In dem Lizenzvertrag, der mit dem erfolgreichen Bieter/der erfolgreichen Bietergemeinschaft mit Wirkung zum 1.1.2011 abgeschlossen werden soll, wird die Verteilung der Risiken so gestaltet werden, dass damit eine Übertragung des Nutzungsrisikos im Sinne der Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen im Bereich Konzessionen im Gemeinschaftsrecht (2000/C 121/02) einhergeht. Einzelheiten werden in dem Entwurf des Lizenzvertrags enthalten sein, der denjenigen Bewerbern, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, durch den Auftraggeber als Grundlage des weiteren Verfahrens zur Verfügung gestellt werden wird.

d) Umfang

Der Umfang des jährlichen Ausgabeprogramms des Auftraggebers beträgt derzeit ca. 50 Sondermarken und ggf. ca. 5 Dauermarken. Darüber hinaus kommt die Herausgabe von ca. 2 Automatenmarken innerhalb der Laufzeit des Lizenzvertrages in Betracht. Der Umfang kann sich während der Laufzeit des Vertrages ändern.

e) Lizenzentgelt

Der erfolgreiche Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft hat ein Lizenzentgelt zu entrichten. Der Auftraggeber wird im weiteren Verlauf des Verfahrens ein Lizenzentgeltmodell festlegen, das in gleichem Maße von allen Bietern in den Angeboten zugrundezulegen sein wird; das Lizenzentgelt wird in Anbetracht des im Schwerpunkt

an qualitativen Aspekten orientierten Wettbewerbs für den Verfahrensausgang im Verhältnis tendenziell nachrangige Bedeutung haben (Qualitäts- statt Preiswettbewerb).

f) Laufzeit

Die Laufzeit beträgt zunächst 7 Jahre, wobei der Auftraggeber eine Option zur einmaligen Verlängerung des Vertrags um 3 Jahre erhält (vgl. Abschnitt II.2.2).

3. Sonstiges

Weitere Informationen zu diesem Verfahren sind in dem Informationsmemorandum zum Teilnahmewettbewerb enthalten. Dieses Informationsmemorandum können interessierte Unternehmen bei der in Anhang A.II genannten Kontaktstelle anfordern.

Der Auftraggeber behält sich vor, für interessierte Unternehmen eine Informationsveranstaltung durchzuführen, in der weitere Konkretisierungen und ergänzende Informationen zu dem gegenständlichen Auftrag mitgeteilt werden. Unternehmen, die an dieser Informationsveranstaltung teilnehmen wollen, müssen ihr Interesse an einer Teilnahme bis zum 12.10.2009 (16:00) bei der in Anhang A.II genannten Kontaktstelle anmelden.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

22410000, 64110000.

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):**

Nein.

II.1.8) **Aufteilung in Lose:**

Nein.

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein.

II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

II.2.2) **Optionen:**

Ja.

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber erhält eine Option zur einmaligen Verlängerung des Vertrags um 3 Jahre.

Zahl der möglichen Verlängerungen: 1.

II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG:**

Beginn: 1.1.2011. Ende: 31.12.2017.

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**

III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend):**

Der erfolgreiche Bieter/die erfolgreiche Bietergemeinschaft hat ein Lizenzentgelt zu entrichten. Der Auftraggeber wird im weiteren Verlauf des Verfahrens ein Lizenzentgeltmodell festlegen, das in gleichem Maße von allen Bietern in den Angeboten zugrundezulegen sein wird (vgl. Abschnitt II.1.5).

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:**

Nein.

III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Nachweis über die Eintragung im Handelsregister (nicht älter als 3 Monate; Bewerber, die einen älteren Nachweis beifügen, können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden);

2. Abgabe folgender Eigenerklärung: EUR;

"Hiermit erkläre ich/erklären wir, dass:

— über mein/unser Vermögen weder ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet noch die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,

— ich mich/wir uns nicht in Liquidation befindet/befinden,

— ich/wir nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat/haben, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,

— ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben,

— ich/wir im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf meine/unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben habe/haben."

Bei der Bewerbung als Bewerbergemeinschaft sind die genannten Nachweise/Erklärungen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft beizubringen. Bei der Einschaltung von Subunternehmern sind die genannten Nachweise/Erklärungen auch von den benannten Subunternehmern beizubringen. Darüber hinaus ist bei der Einschaltung von Subunternehmern eine Erklärung beizubringen, dass der Bewerber im Falle der Auftragserteilung auf die benannten Subunternehmer zurückgreifen kann.

Nähere Angaben hierzu enthält das Informationsmemorandum (vgl. Abschnitt II.1.5).

**III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers sowie den Umsatz in Bezug auf mit dem Leistungsgegenstand (vgl. Abschnitt II.1.5)vergleichbare Leistungen, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (jeweils ohne USt).

Bei der Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist die genannte Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft beizubringen. Bei der Einschaltung von Subunternehmern ist die genannte Erklärung auch von den benannten Subunternehmern beizubringen.

Nähere Angaben hierzu enthält das Informationsmemorandum (vgl. Abschnitt II.1.5).

**III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Erklärung über die durchschnittliche Zahl der beim Bewerber beschäftigten Mitarbeiter bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Bei der Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist die genannte Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft beizubringen. Bei der Einschaltung von Subunternehmern ist die genannte Erklärung auch von den benannten Subunternehmern beizubringen.

2. Kurze Angaben zu dem geplanten Vorgehen bei Herstellung, Verwendung zur Abgeltung von Postdienstleistungen und Vermarktung der vom Auftraggeber ausgegebenen Postwertzeichen.

Diese Angaben sollten einen Umfang von 10 Seiten nicht überschreiten.

Nähere Angaben hierzu enthält das Informationsmemorandum (vgl. Abschnitt II.1.5).

**III.2.4) Vorbehaltene Aufträge:**

Nein.

**III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE**

**III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:**

Nein.

**III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:**

Nein.

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

**IV.1) VERFAHRENSART**

**IV.1.1) Verfahrensart:**

Verhandlungsverfahren.

Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein.

**IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Sofern mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden sind, werden die Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, nach der Qualität der Angaben zu dem geplanten Vorgehen bei Herstellung, Verwendung zur Abgeltung von Postdienstleistungen und Vermarktung der vom Auftraggeber ausgegebenen Postwertzeichen gemäß Abschnitt III.2.3 ausgewählt.

**IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Nein.

**IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN**

**IV.2.1) Zuschlagskriterien:**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/ Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

**IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:**

Nein.

**IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

**IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

**IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:**

Nein.

**IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**

**IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:**

6.11.2009 - 14:00.

**IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:**

**IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

Deutsch.

**IV.3.7) Bindefrist des Angebots:**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

VI.1) **DAUERAUFTRAG:**

Nein.

VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD:**

Nein.

VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN:**

Da es sich bei der vorliegenden Bekanntmachung um eine freiwillige Bekanntmachung handelt (vgl. Abschnitt II.1.5), entfallen Angaben zur zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren und sonstige Angaben nach Abschnitt VI.4.

VI.4) **NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen:**

VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**

VI.5) **TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

5.10.2009.